

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Österreich unterstützt den Fürsten-Vorschlag für Selbstbestimmungsrecht

Aussenminister Dr. Alois Mock bezeichnet Vorschlag von Fürst Hans-Adam II. als eines der wichtigsten politischen Themen unserer Zeit – UNO-Menschenrechtskonferenz 1993

(G.M.) – Der Vorschlag von Fürst Hans-Adam II. vor einem Jahr vor der UNO, eine Konvention über das Selbstbestimmungsrecht der Völker zu schaffen, stösst auch in Österreich auf Resonanz. Aussenminister Dr. Alois Mock sicherte dem Vorschlag die Unterstützung des Nachbarstaates zu und wies darauf hin, dass die UNO-Menschenrechtskonferenz im Juni 1993 in Wien eine weitere Gelegenheit gebe, um das Thema zur Behandlung zu bringen.

Im Mittelpunkt des Besuchs von Aussenminister Dr. Alois Mock in unserem Land stand der freundschaftliche Gedankenaustausch über Europa- und Integrationsfragen sowie über die Problematik der Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien. Obwohl Liechtenstein und Österreich vorerst nicht die gleichen Zielsetzungen in der Integrationspolitik haben, ist ein allgemeiner Meinungsaustausch und möglicherweise auch eine Hilfeleistung oder Unterstützung gegenseitiger Art im Integrationsprozess nach Auffassung von Aussenminister Mock durchaus möglich.

Selbstbestimmungsrecht unterstützen

In einem Gespräch mit dem VOLKSBLATT sicherte Aussenminister Dr. Alois Mock dem Vorschlag von Fürst Hans-Adam II. über das Selbstbestimmungsrecht der Völker die Unterstützung Österreichs zu. Die Frage des Selbstbestimmungsrechtes, wie sie vom Landesfürsten vor einem Jahr vor der UNO-Vollversammlung aufgeworfen und an der diesjährigen Generalversammlung von Regierungschef Hans Brunhart mit einem konkreten Vor-



Empfang zu Ehren von Aussenminister Dr. Alois Mock auf Schloss Vaduz: Von links Fürst Hans-Adam II., Madeleine Wille, Frau Mock, Bernadette Brunhart, Regierungschef Hans Brunhart, Aussenminister Mock und Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille. (Bild: Roland Korner)

schlag zur Abhaltung eines Expertentreffens in unserem Land erweitert wurde, bezeichnete Aussenminister Mock als eines der wichtigsten politischen Themen der Gegenwart. Er ver-

wies insbesondere auf die Auswirkungen bei der Verwirklichung dieses Vorschlags. Die Stabilität im Osten Europas und in Mitteleuropa hängt nach seinen Worten in hohem Masse davon ab, wie

weit das Selbstbestimmungsrecht der Völker ausgestaltet werde.

Heikles Thema

Aussenminister Mock unterstrich aber

auch, dass es sich bei der Frage der Selbstbestimmung um ein sehr heikles Thema handle, bei dem vor allem heterogen zusammengesetzte Staaten sehr empfindlich reagierten. Dennoch wird Österreich den Vorschlag des Landesfürsten unterstützen. Nach Auffassung von Aussenminister Mock wird sich bei der UNO-Menschenrechtskonferenz im Juni des kommenden Jahres in Wien die Gelegenheit ergeben, auf diese Thematik einzugehen.

Theorie der Selbstbestimmung

Fürst Hans-Adam II. hatte vor einem Jahr vor der UNO-Vollversammlung erklärt, die meisten Staaten würden sich zur Theorie der Selbstbestimmung bekennen, so dass es möglich sein müsste, die Grundsätze der Selbstbestimmung in die Praxis umzusetzen. «Um für die grösstmögliche Zahl von Mitgliedstaaten annehmbar zu sein», erklärte der Landesfürst, «sollten solche Richtlinien oder Verhaltensregeln auf eine behutsame Evolution abstellen, die von einem niedrigen zu einem höheren Niveau der Autonomie voranschreiten könnte, bevor die vollständige Unabhängigkeit erreicht werden kann.» Er regte die Voruntersuchung dieser Frage an, wobei nach seiner Auffassung das Endresultat dieser Bemühungen schliesslich ein Übereinkommen nach dem Muster der Europäischen Menschenrechtskonvention sein könnte. Über Vorschlag von Regierungschef Hans Brunhart wird im kommenden März in unserem Land eine Expertenkonferenz tagen, die aus allen UNO-Mitgliedstaaten zusammengesetzt ist.

58,5 Millionen für die Neugestaltung des Regierungsviertels

Ergänzender Bericht der Regierung an den Landtag – FBP-Fraktion hatte sich gegen eine Aufteilung in zwei Bau- und Kreditetappen ausgesprochen

(G.M.) – Die Neugestaltung des Regierungsviertels in Vaduz mit dem Neubau des Landtagsgebäudes im Mittelpunkt wird auf 58,5 Millionen Franken zu stehen kommen. Die Regierung hat dem Landtag einen neuen Kostenvorschlag für das gesamte Bauprojekt unterbreitet, nachdem das Parlament im März die von der Regierung vorgenommene Aufteilung in zwei Bau- und auch zwei Kreditetappen abgelehnt hatte. Voraussichtlich wird sich der Landtag in seiner Sitzung vom 21./22. Oktober mit diesem Kreditantrag beschäftigen.

«Das Projekt Regierungsviertel darf in Umfang und Bedeutung als Jahrhundertbauwerk unseres Staates bezeichnet werden», erklärte FBP-Sprecher Dr. Alois Ospelt in der Landtagsitzung vom März. Er sprach sich für die Verwirklichung des Projektes, dessen Gesamtkosten von der Regierung damals mit rund 63 Millionen Franken geschätzt worden waren, aus. Allerdings wandte er sich mit Nachdruck gegen die von der Regierung vorgenommene Aufteilung des Projektes in zwei Kreditetappen, die den

Bauetappen des Grossprojektes mit Landtagsgebäude, Hangsicherung und Museumsbauten entsprechen.

Neue Kostenzusammenstellung

Nach längerer Diskussion folgte der Landtag der Argumentation des FBP-Sprechers, das Projekt als Einheit zu betrachten und von der Regierung auch für die zweite Bauetappe eine detaillierte Kostenberechnung zu verlangen. Diese Berechnungen liegen nun vor – und sind trotz Einrechnung der Teuerung seit 1990 etwas geringer als die bisherigen Schätzungen ausgefallen. Insgesamt rechnet die Regierung mit Baukosten von 58,5 Millionen Franken für das Gesamtprojekt. Der Neubau des Landtagsgebäudes wird mit 23,8 Millionen Franken veranschlagt, die Hangsicherung als Verbindungsstück von Regierungsgebäude und künftigem Landtagsgebäude mit 10,6 Millionen Franken. Für die Sanierung und Erweiterung der Museumsbauten werden 7,8 Millionen Franken (3,9 Millionen für das Landesmuseum und 3,9 Millionen für das Ver-

weserhaus) in Aussicht genommen. Die ostseitige Museumserweiterung ist im neuen Vorschlag mit 8,7 Millionen Franken eingesetzt. Die restlichen Kosten betreffen die Hangsicherung und die Umgebungsgestaltung.

Bauzeit 2½ Jahre für Landtagsgebäude

Der ursprüngliche Zeitplan lässt sich mit den Zusatzprojekten nicht mehr einhalten, denn die Regierung rechnete bei ihrem ersten Antrag bereits im Frühjahr mit den Vorbereitungsarbeiten wie Baugrubensicherung und Spezialfundation, so dass mit den Baumeisterarbeiten für das Landtagsgebäude bereits im Herbst 1993 begonnen werden könnte. Die Terminfestlegungen, erläutert die Regierung in ihrem neuen Antrag, seien vom Zeitpunkt des Landtagsbeschlusses abhängig. Nach wie vor wird aber mit einer Realisierungsphase von 2½ Jahren für das neue Landtagsgebäude gerechnet.

Bodentausch mit Fürst Hans-Adam II.

Um das Regierungsviertel realisieren

zu können, ist ein Bodentausch mit der Fürst von Liechtenstein-Stiftung notwendig, denn ein Stück des Hangareals ist im Besitz des Fürsten. In längeren Verhandlungen, erklärt die Regierung in ihrem ersten Bericht, wurde zwischen der Stiftung und der Regierung ein Vertrag ausgearbeitet, welcher den «Interessen beider Seiten in bezug auf künftige Bauvorhaben im Zentrum von Vaduz entspricht.»

Die Fürst von Liechtenstein-Stiftung beabsichtige, im Schlossfels in einer Kaverne Ausstellungsräume für die Fürstlichen Sammlungen zu realisieren. Aufgrund dieser Ausgangslage sei es für alle Beteiligten eine «zukunftsorientierte Lösung», wenn ein Tausch der beiden Areale vorgenommen werde, der auch die unterschiedliche Bewertung der Grundflächen berücksichtige, hält die Regierung fest. Neben den beantragten Krediten hat der Landtag auch diesen Vertrag zwischen der Fürst von Liechtenstein-Stiftung und der Regierung zu genehmigen.

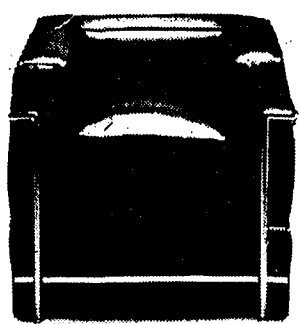
Schweizer Franken steuert auf Rekordkurs

Zürich (AP) Der Schweizer Franken hat am Mittwoch morgen Rekordkurs gesteuert. Der amerikanische Dollar, das britische Pfund und die italienische Lira stürzten gegen die Schweizer Währung zeitweise auf neue historische Tiefstwerte. Auch die D-Mark kam gegen den Franken unter Druck.

Der US-Dollar wurde kurz vor Mittag in Zürich zu 1,2315 (Vorabend: 1,2490) Franken gehandelt, verglichen mit 1,2280 Franken am Morgen. Zuvor war der Wert der US-Valuta an den asiatischen Märkten bis auf 1,2185 Franken abgestürzt. Damit wurde der bisherige Tiefstwert vom vergangenen 2. September (1,2300 Franken) klar unterboten. Noch am vergangenen Montagabend hatte der Dollar in Zürich 1,2770 Franken gegolten. Zürcher Devisenhändler erwarteten, dass der Markt in den kommenden Tagen «weitere absolute Tiefstwerte des Dollars anschauen» werde.

Der massive Kursrückgang des Dollars half dem Schweizer Franken auch gegenüber der D-Mark.

LE CORBUSIER



THONY

9494 Schaan
Bahnhofstrasse 16
WOHNEN
jeden Samstag geöffnet bis 16 Uhr

Schweizer Transitvertrag mit EG abgestützt

Ständerat setzt weiteres Signal Richtung Europa – Tatbeweis folgt noch

Bern (AP) Der Ständerat hat ein weiteres Signal Richtung Europa gesetzt und den Transitvertrag mit der EG am Mittwoch oppositionslos mit 31 Stimmen gutgeheissen. Die Nagelprobe für die angestrebte Verlagerung des Transitverkehrs von der Strasse auf die Schiene steht auch dem Parlament noch bevor.

Die vom Volk am Wochenende deutlich angenommene Neue Eisenbahn-Alpentransversale (NEAT) ist das Kernstück des Transitabkommens. Dank diesem 14,9 Milliarden-Projekt gestand die Europäische Gemeinschaft (EG) der Schweiz die 28-Tonnen-Limite sowie das Sonntags- und Nachtfahrverbot für den Lastwagentransport zu, ohne Schweizer Camionneure zu diskriminieren. Sie dürfen unbeschränkt mit 40-Tonnen-Last-

wagen im europäischen Binnenmarkt auffahren. Allerdings muss die Schweiz pro Tag hundert 40-Töner mit eiligen und verderblichen Gütern durchlassen, sofern die Bahnkapazität ausgelastet ist und die Camions den neuesten Umweltschutznormen genügen. Das auf zwölf Jahre beschränkte Abkommen will das Verursacherprinzip durchsetzen und jedem Verkehrsträger die effektiv verursachten Belastungen anrechnen.

Bekanntnis zur effektiven Kostenbelastung

Bundesrat Adolf Ogi konnte für das Abkommen Lob entgegennehmen. Kommissionspräsident Hans Daniöth (CVP/UR) sprach gar von einem Friedensschluss in der europäischen Ver-

kehrpolitik. Mit der NEAT habe die Schweiz ihren Tatbeweis angetreten, jetzt sei es an der EG sowie Italien und Deutschland, mit der Verlagerung des Transits auf die Schiene ernst zu machen. In die gleiche Kerbe hieben Ulrich Gädient (SVP/GR), Niklaus Küchler (CVP/OW), Luregn Mathias Cavely (CVP/GR), Gian-Reto Plattner (SP/BS) und Andreas Iten (FDP/ZG): Wenn die NEAT nicht zu einem finanziellen Desaster werden solle, müssten dem Strassentransport die effektiven Kosten überwälzt werden. Eine weitergehende Subventionierung der Bahn komme nicht in Frage. So müsse beispielsweise unverzüglich die nur 15 Franken teure Tagesbewilligung für Lastwagen angehoben werden.

RENOMMIERTESTEN
ZWANZIG DER WELTWEIT
SCHWEIZER MARKENFÜHREN

huber

Schmid & Huber
Strasse 33
Hollmosen

PATEK PHILIPPE
GENEVE